

Enzthal-Bote.

Er scheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags, zu Bezugspreis M. 3.30 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich; durch die Post im Orts- und Oberamtswahlbezirk M. 3.30, im sonstigen In- und Ausland M. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellgeld.

Amtsblatt für Wildbad
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enzthal.

Anzeigenpreis: die einspalt. Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamazeilen 50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: 8 Uhr vormittags

Druck und Verlag der Wildbader Verlag-Druckerei und Buchhandlung; Schriftleitung: Th. Gaf. Fernsprecher 33. In Calmbach: Hauptstraße 109

Nr. 176

Anzeigenannahme:
In Wildbad: Wilhelmstraße 99

Samstag, den 9. August 1919

In Calmbach: Hauptstraße 109 Jahrgang 58

Tagesschau.

Der Plan der Vertagung der französi. Kammer stößt auf starken Widerstand. Viviani erklärte, daß eine weitere Verschiebung als bis zum 25. August unmöglich sei. Am besten wäre es, wenn die Kammer bereits am 14. August die Beratungen wieder aufnehmen würde, da doch die Ratifikation des Friedensvertrages eine sehr dringliche Angelegenheit sei.

Nach Meldungen aus Rom bestätigt sich, daß in der italienischen Kammer eine nicht unbedeutende Mehrheit für die Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland gesichert ist.

In Erfurt hat sich Anfang Juli ein mitteldeutscher Bloß von Eisenbahnbeamten gebildet aus den Bezirken Frankfurt a. M., Kassel, Erfurt und Magdeburg, zu dem Zweck, die völlige Demoralisierung der Eisenbahnverwaltung durch einen Streik zu erzwingen.

Nach Meldungen aus Budapest ist die Blockade bereits aufgehoben. Die Regierung und Stadtverwaltung von Budapest wurden davon verständigt, daß bereits Lebensmittel für die ungarische Hauptstadt abgegangen sind.

Sonntagsgedanke.

Erntezeit.

In brauner Haut die Sense faucht
durchs goldne Aehrenfeld,
die Sense singt, die Sense klingt:
mein ist die ganze Welt!

Der Tag verfliehet, der Abend spinnet
die Schatten übers Feld —
aus Sternenhöhen klingen Friedeschön:
mein ist die ganze Welt!

Paul Kerner

Wochenrundschaun.

Das Deutsche Reich hat nun eine neue Verfassung. Am 31. Juli abends 8 1/2 Uhr hat die verfassunggebende Nationalversammlung mit 262 gegen 75 Stimmen bei einer Enthaltung den wiederholt abgeänderten Entwurf der Regierung endgültig angenommen. Seit dem Februar d. J. hat die Nationalversammlung fleißig an dem Geſetz gearbeitet. Jetzt ist das Werk fertig. Deutschland ist nach seiner Verfassung die demokratischste Republik der Welt. Die Allgemeinheit, jeder einzelne im Volk ist jetzt Obrigkeit, hat eine Fülle von Mitbestimmungsrechten und — Mitverantwortung für das, was im Reich geschieht oder unterlassen wird. Unser Volk wird nun zeigen können, ob es die in Paragraphen gegoffene Form mit dem schaffenden Leben zu füllen vermag. Das Verfassungswerk ist nicht lächerlich und hat, wie alles Menschliche, seine Mängel. Und wenn es auch eigentliche kritische Augenblicke für die Verfassung kaum gegeben hat, so mußten doch bei den Bestimmungen über Kirche und Schule Kompromisse geschlossen werden, die den Stempel eines Kampfes zwischen zwei Weltanschauungen tragen, die sich scheiden wie Feuer und Wasser. Manches ist auch durch den Zwang der Notwendigkeit geboten und stand nicht mehr im freien Ermessen der Gesetzgeber. Hierher gehört zum Teil die Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Reichsgewalt auf Kosten der bundesstaatlichen Selbständigkeit, verursacht durch die gewaltigen pöblichen Ansprüche, die die Steuerverwaltung des Reichs zu stellen gezwungen ist. Dabei darf man aber die unbefreitbaren Vorteile, die z. B. auf dem Gebiet des Verkehrsweſens dadurch herbeigeführt werden, ruhig anerkennen. Die Nationalversammlung hat mit dem Abschluß des Friedens und der Fertigstellung der Verfassung ihre beiden Aufgaben, zu deren Bewältigung sie gewählt war, erledigt und sie müßte nun dem neu zu wählenden Reichstag Platz machen. Aus praktischen Gründen hat aber die Nationalversammlung mit großer Mehrheit sich die Befugnis beigelegt, vorläufig als Reichstag weiter zu bestehen.

Die vielumstrittene Steuerreform, insonderheit die Uebernahme der Einkommensteuer auf das Reich hat in den letzten Tagen an Aussehen auf Verwirklichung gewonnen. Die preussische Regierung, auf die es hauptsächlich ankommt und die sich bisher ganz ablehnend verhielt, ist jetzt bereit, den Einzelgemeinden aus der Reichseinkommensteuer ein solcher Betrag gesichert wird, wie sie in den Jahren 1917 bis 1919 jährlich aus der Landes- und Gemeinde-Einkommensteuer haben. Freilich, wenn man bedenkt, daß das Reich aus der neuen Einkommensteuer drei Viertel für sich beansprucht, so wird man aus dem Einkommen schon einen sehr hohen Extra herauspressen müssen, um die Ansprüche der

Reichs, der Einzelstaaten und der Gemeinden zu befriedigen. Da kann der Steuerzahler das Gruseln lernen. Bayern ist auf halbem Wege zur Verständigung, die ihm dadurch erleichtert werden soll, daß seine schwebenden Schulden in Höhe von 650 Millionen auf das Reich übernommen werden. Schulden bleiben allerdings Schulden. Die übrigen Südstaaten Württemberg, Baden, Hessen und ferner Sachsen haben noch nicht zu erkennen gegeben, daß sie ihre gegensätzliche Stellung aufgeben wollen, es wird ihnen aber wohl nichts anderes übrig bleiben, wenn Preußen und Bayern, welche letztere sich das frühere Herzogtum Sachsen-Koburg angliedern will, Ja gesagt haben.

Eine schwere Sorge bleibt die Steuerreform immerhin, für die Regierung allzumal und für die Steuerzahler erst recht, und zwar keineswegs bloß für die großen, denn wenn die neuen Besitz- und Einkommensteuern den nötigen Ertrag haben sollen, so wird man recht tief in die kleinen Einkommen und Vermögen (bei der Vermögensabgabe bis auf 5000 Mark) hineingreifen müssen. Sorgen haben wir ohnedies für die nächste Zukunft schon übergeben. Kein Kopf kann ausdenken, was aus der Kohlennot werden soll. 130 Millionen Tonnen Kohlen brauchen normalerweise im Jahr; bei richtiger Arbeit kann Deutschland noch 100 Millionen Tonnen fördern und davon sollen 40 Millionen an die Feinde abgeliefert werden. 6 Millionen Tonnen sind durch die Streiks schon im Voraus verloren. Das wird einen bösen Winter geben; Eisenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerke und viele Fabriken müssen ihren Betrieb einschränken. Der Eisenbahnverkehr soll, wie es heißt, bis auf ein Viertel des Friedensbetriebes herabgesetzt werden. Auch mancher Ofen wird ungeheizt bleiben müssen. Schlimm wird es auch mit dem Zucker sein, denn erstens ist aus der Ernteverarbeitung von 1918/19 kaum die Hälfte der Menge von 1913/14 vorhanden (1.250.000 Tonnen Rohzucker gegen 2.617.937 Tonnen), sodann ist es mehr als fraglich, ob die Bestände wegen des Rohzuckermangels auch nur verarbeitet werden können, und von der neuen Ernte werden, wie im vergangenen Jahre „ele Tausend Bunter Rüben bewegen zugrunde gehen. Vom Weltgetreidemarkt hören wir, daß alle Wahrscheinlichkeit vorliegt, daß der Weltpreis hoch bleibt.

wird, da die amerikanische Ernte, die die größte zu werden verspricht, die man je in einem Land erlebt hat, durch große Trockenheit arg gelitten haben soll. Die Spekulation wird jedenfalls daraus Kapital schlagen. Unsere eigene Ernte wird im Durchschnitt nur mäßig sein. Die Amerikaner aber haben ihr gutes Geschäft auch im letzten Jahr (bis 30. Juni gerechnet) gemacht. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten hat die Höhe von 30 Milliarden erreicht und der Außenhandel hat ohne Zweifel einen ganz netten Gewinn abgeworfen. Die Japaner dagegen haben gleichzeitig wieder ihre frühere „passive Handelsbilanz“ wie vor dem Kriege, d. h. sie müssen mehr Waren einführen, als sie ausführen können und mehr aus Ausland bezahlen, als sie von ihm bekommen. Zu bedauern sind sie darum noch nicht, denn sie haben in den drei ersten Kriegsjahren verschiedene Milliarden angeschlossen können.

Ein Weißbuch, eine Darstellung auf Grund der amtlichen Dokumente hat die Reichsregierung über die Vorgänge herausgegeben, die dem Abschluß des Waffenstillstands im Großen Hauptquartier vorangingen. Es besteht sich in der Hauptsache auf die Verhandlungen in Spa, wo der Kaiser damals weilte. Das Weißbuch will beweisen, daß die Anregung zu Friedensunterhandlungen vom Großen Hauptquartier ausgegangen sei, daß die damalige militärische Lage sehr pessimistisch beurteilt. Die Veröffentlichung rief eine Reihe von Gegenerklärungen hervor, so von den Generalen Ludendorff und Gallwitz bezw. Mudra u. a. Letztere behaupteten, daß das Weißbuch viele Dokumente, die sich auf jene Vorverhandlungen beziehen, unberücksichtigt gelassen habe. Soviel scheint sich aus den verschiedenen Erklärungen herauszuschälen zu lassen, daß die Anregung zu den Friedensverhandlungen, die durch eine neutrale Macht eingeleitet werden sollten, allerdings vom Großen Hauptquartier ausgegangen sind, daß aber von der militärischen Seite, wenigstens von den genannten Führern, die Ansicht vertreten wurde, daß die von Foch ausgestellten Waffenstillstandsbedingungen unannehmbar seien und daß die Fortsetzung des Kampfes zur Erlangung besserer Bedingungen vorzuziehen sei.

Von großer Wichtigkeit ist eine Erklärung der von der Reichsregierung eingesetzten Viererkommission zur Untersuchung der Schuldfrage, bestehend aus Prof. Hans Delbrück, Graf Montgelas, Mendelsohn und Prof. Max Weber. Bekanntlich hatte seinerzeit der kommunistische Ministerpräsident in Bayern, Eisner, amtliche Dokumente veröffentlicht, die die Schuld Deutschlands am Kriege beweisen sollten. Die Untersuchung der Kommission ging den von Eisner gewiesenen Spuren nach, das Ergebnis war aber ganz überraschend. Sie ermittelte,

daß eine Reihe der wichtigsten Dokumente von Eisner verschwiegen worden war, ja noch mehr, daß viele Akten, die unzweifelhaft vorhanden sein mußten, verschwand waren. Es wurde nun bei der Witwe Eisners und bei dessen früherem Privatsekretär Fischenbach eine Hausdurchsuchung vorgenommen und da wurden verschiedene Dokumente richtig vorgefunden. Und was beweisen sie? Gerade das Gegenteil von dem, was Eisner seinem „Freund Clemenceau“ zuliebe enthielt hatte: daß nämlich die deutsche Regierung 1914 mit allen Mitteln den Krieg hatte verhindern und den Oesterreichisch-serbischen Streit auf die beiden beteiligten Staaten hatte beschränken wollen. Die diesbezüglichen Aktenstücke hatte Eisner unterschlagen und beseitigt gemacht und aus den „Kürzungen“ sich die „Verweise“ zurecht gemacht, die er für seine Zwecke brauchen konnte. Aber es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch endlich an die Sonnen. Freilich, viel, unendlich viel Schaden hat Eisner gestiftet; die unarmherzige Härte der feindlichen Haupter während des Waffenstillstands und im Friedensschluß wird jetzt erklärlicher, war ihnen doch von einer amtlichen Stelle aus Deutschland der Beweis für die „freie Schuld Deutschlands“ geliefert worden, und sie konnten mit einem Schein des Rechts behaupten, daß die deutschen Unschuldbetuerungen eitel Dummheit seien. Vielleicht wäre ohne die Fälschung Eisners manches anders gekommen.

In Budapest ist die kommunistische Herrschaft Bela Kuhns (in den Zeitungsmeldungen wird der Name bald Kun, bald Khun oder auch Kuhn geschrieben) am 1. August fast über Nacht gestürzt worden. Nachdem am 21. März d. J. der Ministerpräsident Karolyi feige die Fingel der Regierung fortgeworfen hatte, weil die Waffenstillstandsbedingungen der Entente einen großen Teil Ungarns vom alten Staat losrissen, da entstand der Sowjet-Staat unter Bela Kuhn. Europa sah mit Schrecken das Fortwälzen der bolschewistischen Welle nach Westen die Donau herauf. Es wäre dem neuen Staat vielleicht möglich gewesen, die nationale Empörung über die Zumutungen der Entente zu nützen und das Volk zu einem entschlossenen Widerstand gegen den äußeren Feind zu eimen. Aber Kuhn und seine Gesellen, besonders der „blutige Samueh“, hatten Wichtigeres zu tun. Nicht dem nationalen Feind, sondern den parteipolitischen Gegnern im eigenen Lande galt der blutige Kampf. Sofort wurden die ordentlichen Gerichte abgeschafft und Revolutionstribunale eingesetzt, wie wir sie von München her kennen. Das persönliche Vermögen wurde konfisziert, Geschäftshäuser, Banken, Hotels, Privathäuser und Lagerhäuser konfisziiert, Geld, Banknoten, Juwelen, Kunstgegenstände und Möbel den Privatleuten einfach fortgenommen. Ein Akt der Bestimmung z. B. niemand dürfe mehr als zwei Anzüge oder Kleider besitzen. Die Geistesfreiheit wurde fast vollständig unterdrückt, in den Schulen ein geradezu unsinniges System eingeführt. Die gesamte Bürgerſchaft wurde aller politischen Rechte entleidet, die Presse unterdrückt. Tausende von Bürgern, Gutsherrn und Bauern wurden von den Tribunalen zum Tode verurteilt oder einfach hingerichtet, es waren Raubmorde, denn der Besitz der Ermordeten wurde eingezogen. Diese blutige Schreckensherrschaft konnte nicht dauern, umso weniger, als die Entente die strengste Blockade über Sowjet-Ungarn verhängte und die Rumänen und Tschechen zum Angriff übergingen. Außerdem war in Siegebin eine bürgerliche Gegenregierung errichtet worden, der von allen Seiten die Patrioten zuströmten. So kam denn, was kommen mußte. Kuhn entfloh rechtzeitig, Samueh erschloß sich, als er verhaftet werden sollte. Die erbitterten Bauern nehmen jetzt furchtbare Rache. Die Arbeiter, halb verhungert, vernünftigen den Trug, dem sie zum Opfer gefallen sind. Das Land ist verwüstet, ausgeplündert und ausgehöhelt: für 7 1/2 Milliarden Kronen hat die Sowjet-Regierung Banknoten ausgegeben, die nun fast wertlos sind, die Preise sind unerhört. Das war die Erbschaft, die die sozialistische Regierung, die sich am 2. August bildete, anzutreten hatte. Sie war nicht mehr als ein Name. Die Bürgerlichen wollten nicht mittun und so schien es fast eine Befreiung zu sein, als die rumänischen Truppen endlich Budapest besetzten. Rumänen, Tschechen, ein französisches und ein englisches Korps schalteten und walteten jetzt in der Donau-land. Der rumänische General Madarescu schrieb als übermütiger Sieger der bedrängten Regierung Waffenstillstandsbedingungen vor, die ebenso gut ein Foch angezogen haben könnte. Und zu guter Letzt erschienen am 6. August in der Ministerialregierung einige ungarische Offiziere und erklärten die Regierung für abgesetzt. Diese mußte sich fügen — vielleicht war sie froh, erlöst zu sein —. Dann wurde die Regierungsgewalt dem Erzherzog Josef, dem einzigen Erzherzog, dem der Ruf nach Ungarn einig der Bevölkerung gegenüber worden war, übertragen, der sofort ein neues Ministerium bildete.

Leicht wird dem neuen Staatsoberhaupt von Deutschlands oder richtiger von Englands Gnaden sein Amt

nicht werden. Das verwüstete Land liegt kraftlos und durch innere Wirren zerrissen darnieder und ringsum haben die Verbündeten Feinde geschaffen, die es jederzeit bedrohen und an der Kräfteentfaltung hindern können. — Der Erzherzog Josef von Habsburg, geboren 9. August 1872 auf Schloß Mecut in Ungarn, ist ein Enkel des Erzherzogs Joseph, Palatins von Ungarn, und der Herzogin Marie von Württemberg, und ein Urenkel des Kaisers Leopold II.

Eine neue Erklärung Michaelis.

Der frühere Reichshausier Dr. Michaelis gibt in Berliner Blättern eine Darstellung der Vorgänge vom September 1917. Es heißt darin:

Ich war mit dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen, o. Kühnmann, mit dem ich alsbald das Schreiben des Stimmens eingehend besprach, der Meinung, daß ungeachtet des begleitenden Kommentars des Kardinal-Staatssekretärs war die starke Möglichkeit eines frühzeitigen englischen Friedeschlüssels vorliegend, daß jedoch aus dem Text der Mitteilung des englischen Auswärtigen Amtes an den britischen Botschafter beim Vatikan sich nicht mit Sicherheit die Ernsthaftigkeit der englischen Bereitschaft ergab, auf einer für Deutschland annehmbaren Grundlage in Friedensverhandlungen einzutreten. Deshalb habe ich mit Herrn von Kühlmann vereinbart, daß zunächst durch einen neutralen Diplomat, die englische Regierung auf ihre Bereitschaft sondiert werden sollte.

Mit Kühlmann war ich der Ansicht, daß das Schreiben des Münchner Nuntius die vorzüglichste und klarste Behandlung erfordert. Es wurde deshalb sowohl den Ministern und Staatssekretären, wie auch den Herren von der Obersten Heeresleitung nur die Tatsache mitgeteilt, daß von neutraler Seite beim Reichshausier ein Schritt unternommen worden sei, der auf einen eventuellen Friedenschluß schließen lasse und daß die Wiederherstellung der Selbstständigkeit Belgiens als Voraussetzung für das Betreten dieses Wegs bezeichnet werde. Im Kontrat vom 11. September beantragte ich mit Unterstützung Kühlmanns die halbfreie Ermächtigung, gegebenenfalls erklären zu dürfen, daß Deutschland zur Wiederherstellung der gebliebenen Unversehrtheit und der Souveränität Belgiens bereit sei. Der Chef des Admiralsstabs sprach sich dafür aus, daß die flandrische Küste in deutscher Hand bleiben müsse. Der Vertreter der Obersten Heeresleitung legte die Gründe dar, die in Rücksicht auf die erspäuerte Lage des rheinisch-westfälischen Industriegebiets und die spätere Verteidigungsmöglichkeit des Reichs die militärische Kontrolle der Festung Lüttich und Umgebung erwünscht erscheinen lasse.

Der Kaiser entschied im Sinne meines Antrags mit dem Vorbehalt einer erneuten Prüfung, wenn der Versuch auf Belgien nicht bis zum Jahresende den Frieden sichern und so einen neuen Kriegswinter ersparen sollte. Auf dieser Grundlage habe ich den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes beauftragt, seinen neutralen Vertrauensmann zu instruieren. Dem neutralen Vertrauensmann wurde eröffnet, untererseits sei Dem aussetzung für Verhandlungen mit England. Die Erhaltung unseres Besitzstands vor dem Kriege einschließlich unserer Kolonien der Versuch auf Entschädigungen und die Abstandsnahme von einem Wirtschaftskrieg nach dem Krieg.

Bei dem vom Reichspräsidenten Bauer veröffentlichten Briefwechsel zwischen mir und dem Feldmarschall von Hindenburg handelt es sich nicht um Vorbehalte die gegenüber England gemacht werden sollten, sondern um Ziele, die in Verhandlungen mit Belgien selbst angestrebt werden sollten. Die dem Brief des Feldmarschalls beigelegte Denkschrift des Generals Ludendorff hatte ohnedies nur den Zweck, einer schriftlichen Niederlegung seiner im Kontrat gemachten Ausführungen, wie das auch aus ihren Eingangsworten deutlich hervorgeht.

Die Schritte des neutralen Vertrauensmanns führten jedoch schließlich zu einem negativen Ergebnis. Es stellte sich heraus, daß auf der von der deutschen politischen Leitung umschriebenen Grundlage, die durchaus der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli 1917 entspricht, bei der britischen Regierung keinerlei Geneigtheit zu Friedensverhandlungen besteht. Daraus ergibt sich, daß der Kardinal-Staatssekretär und der apostolische Nuntius in München der Mitteilung des englischen Auswärtigen Amtes an den britischen Botschafter beim Vatikan eine ihr nicht zukommende Bedeutung beigelegt hatte.

Ich weise deshalb die gegen mich erhobene Vorwürfe zurück, in meiner Eigenschaft als Reichshausier irgend etwas verheimlicht zu haben, was bei dem Vorliegen einer ernstlichen Verhandlungsbereitschaft hätte zum Frieden führen können. Deshalb weise ich auch die gegen den Feldmarschall v. Hindenburg, General Ludendorff und den damaligen Stellvertreter des Reichshausiers Dr. Helfferich erhobenen Anschuldigungen zurück. Diese Herren sind sämtlich an der politischen Handlung in keiner Weise beteiligt. Mit genannten Herren spreche ich die Überzeugung aus, daß die Herbeiführung einer Neuordnung des früheren Staatssekretärs des Auswärtigen Kühnmann, in dessen Händen die diplomatische Durchführung der Handlung lag, die Darstellung besätigen würde. Ich halte diese Neuordnung für nötig, um großen Teilen des deutschen Volkes Rechnung zu tragen, die durch wahrheitswidrige Darstellung des Finanzministers Erzberger in Erregung versetzt worden sind. (Orig.: Michaelis.)

In einer Nachschrift bestätigt Hindenburg, Ludendorff und Helfferich, daß die obige Darstellung, soweit sich die Dinge unter ihrer Wirkung und mit ihrer Kenntnis vollzogen haben, in allen Punkten den tatsächlichen Vorgängen entspricht.

Deutsche Nationalversammlung.

Welm, 7. Aug. Zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919. § 1, demzufolge die Einzelpersonen für das Jahr 1919 eine außerordentliche Kriegsabgabe von ihrem Mehreinkommen zu entrichten haben, wird ohne Erörterung angenommen.

§ 13 legt die Steuerergänzung fest. Diese beginnt mit 5 Proz. für die ersten 10.000 Mk. des abgabepflichtigen Mehreinkommens und steigt stufenförmig bis 70 Proz. für das 100.000 Mk. übersteigende Mehreinkommen.

Von sozialdemokratischer Seite liegt ein Antrag vor auf Erweiterung und Erhöhung der Abgabe.

Abg. Becker (D.D.) protestiert hiergegen, da die Steuerlast in der von dem Ausschuss beschlossenen Höhe schon eine Blutentziehung bis an die Grenze des Möglichen bedeuten würde.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. Bei § 24, der die Abgabepflicht für inländische Gesellschaften auf 80 Proz. des Mehreinkommens feststellt, wird ein Antrag der Unabhängigen, bei der eventuellen Erfassung der Kriegsabgaben von Gesellschaften die von ihnen erlegte Kirchensteuer nicht mit in Rechnung zu stellen, angenommen.

Auf Antrag Herrmann-Württemberg (D.D.) wird in § 33 ein Abzug beigefügt, der den Genossenschaften die Abtönung der Kriegsanleihe erleichtern soll. Der Antragsteller führt aus, daß von den Genossenschaften 7,2 Milliarden Mark Kriegsanleihen gezeichnet seien, oft über das Maß des Erträglichkeit hinaus.

Die zweite Lesung der Vorlage wird erledigt. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.

§ 6 bestimmt, welcher Betrag von dem zu besteuenden Vermögenszuwachs abgezogen werden darf. Darunter befindet sich der Betrag einer Kapitalabfindung, die als Entschädigung für einen durch körperliche Verletzung oder Krankheit herbeigeführten gänzlichen oder teilweisen Verlust der Erwerbsfähigkeit an den Abgabepflichtigen gezahlt worden oder zu zahlen ist. Eine andere Bestimmung nennt unter diesen Beträgen auch die auf das Einkommen entfallende Staats-, Gemeinde- oder Kirchensteuer.

Ein Antrag Götz (D.D.) sieht als Ergänzung der ersten Bestimmung auch den Abzug solcher Summen vor, die im Todesfall des Abgabepflichtigen an dessen Familie fallen. § 6 mit dem Zusatzantrag Götz (D.D.) wird angenommen. Zu § 24, wonach die Abgabe gestundet werden kann, falls ihre Einziehung mit einer besonderen Härte für den Abgabepflichtigen verbunden sein sollte, wird ein Antrag Götz (D.D.) u. Gen. angenommen, wonach der Steuerpflichtige im Falle der Ablehnung der Stundung die Entscheidung des Reichshausiers anrufen kann.

Der Rat der Vorlage wird ohne Erörterung angenommen. Nächste Sitzung: Freitag, 9.30 Uhr nachmittags.

Die Restauration in Ungarn.

Budapest, 8. Aug. Sonderausgaben der Blätter melden: Alle ordnungsliebende Organisationen, sowie die Beamten sämtlicher Ministerien hielten am 6. August eine Konferenz ab, in welcher die Lage besprochen wurde. Dabei wurde erklärt, daß der gänzliche Zusammenbruch Ungarns unvermeidlich sei, wenn sich nicht jemand fände, der es in zwölfter Stunde rette. Darauf begab sich eine größere militärische Abordnung nach Schloß Mecut zu Erzherzog Josef und ersuchte ihn, die Lösung der Lage in die Hand zu nehmen. Nachdem Erzherzog Josef seine Bereitwilligkeit erklärt und in Budapest mit den Ententebeauftragten verhandelt hatte, wurde zunächst die frühere Staatspolizei versammelt und eine freiwillige Truppe von etwa 8000 Bewaffneten bereitgestellt. Offiziere derselben führten die Abdankung der bisherigen Minister herbei, die vorübergehend in Genabriga genommen, aber wieder freigelassen wurden. Der Regierungswechsel vollzog sich in größter Ruhe und ohne Zwischenfall. Der kommandierende rumänische General, der Unruhen befürchtete, hatte für die rumänische Garnison Bereitschaft empfohlen. Die Vertreter der Entente versicherten der neuen Regierung ihre warmste Unterstützung. Erzherzog Josef wird im Lauf des heutigen Tages sein Diener Palais beziehen.

Wien, 8. Aug. Die „Wiener Allgemeine Bzg.“ erfährt zur Berufung des Erzherzogs Josef, daß die englische Regierung zuerst mit dem früheren Kaiser Karl verhandelt habe. Dieser habe jedoch abgelehnt, da es ihm nach Herrscherrechten nicht gelüste und da es ihm trotz seiner reinen Absichten nicht gelungen sei, den Zusammenbruch der Monarchie zu verhindern. Auch könne er sich nur schwer damit abfinden, als ehemaliger Kaiser und König nur mehr Verweiser Ungarns zu sein. Darauf seien von der englischen Regierung Verhandlungen mit dem Fürsten Maximilian von Hohenberg, Älterer Sohn (geb. 1902) des am 28. Juni 1914 in Serajewo ermordeten Erzherzogs Franz Ferdinand, angeknüpft worden. Aber auch diese Verhandlungen seien ergebnislos geblieben, worauf dann die Berufung des Erzherzogs Josef erfolgte.

Die „Wiener Stimmen“ erfahren, daß die Nachricht von dem Beschluß des Obersten Rats in Paris, die nach Budapest gesandte Mission von Generalen mit dem Oberbefehl über sämtliche in Ungarn befindliche Besatzungstruppen zu betrauen, in politischen und militärischen Kreisen Rumäniens sehr verstimmt gewirkt habe. Der Versuch König Ferdinands in Budapest werde unterbleiben und der rumänische Oberkommandant werde zurücktreten. Der größte Teil der rumänischen Besatzungstruppen solle in den nächsten Tagen aus Budapest zurückgezogen werden.

Wien, 7. Aug. Die „Zeit“ meldet: Der ungarische Besandte Böhm ist heute nacht nach Verbrennung sämtlicher Geheimakten im Auto aus Wien gestücht. Am Vormittag erschienen in der Gesandtschaft ungarische Journalisten und Offiziere, verprügelten das Gesandtschaftspersonal und warfen es aus dem Gesandtschaftsgebäude hinaus.

Wien, 8. Aug. Der Vorsitzende der Verbandsvertretung erklärte, die österreichische Regierung würde für ein etwaiges Entweichen Böhm, der mit zwei Genossen in Gressau bei Königgratz von Gendarmen bewacht wird, verantwortlich gemacht. Von Österreich wird die Auslieferung Böhm wegen gemeiner Verbrechen verlangt. Man glaubt, daß die ungarischen Wahlen zur Nationalversammlung die starke Mehrheit für die Wiederherstellung der Monarchie bringen werden.

London, 8. Aug. Die „Times“ meldet: Wegen gemeiner Verbrechen des Raubs, Diebstahls und der Plünderung sind in Budapest 21 ehemalige Volksbeauftragte, darunter schwer vorbestrafte Verbrecher, verhaftet worden. In der Wohnung Kubus in Hungaria Hotel wurden 182.000 Kronen in den Händen eingemauert gefunden. Zur schnellen Aburteilung der früheren Regierung hat die neue Regierung das Standrecht verhängt. Die Vertreter der Verbände erklären, sie werden sich in die innere Neuordnung Ungarns nicht einmischen, sie werden daher auch gegen die etwaige Wiedereinführung der Monarchie nichts einwenden.

Neues vom Tage.

Reichsstiftung für Weimar.

Weimar, 7. Aug. Die Reichsregierung beabsichtigt, dem Deutschen Nationaltheater in Weimar als Denkmal der Nationalversammlung eine Stiftung von jährlich 100.000 Mk. aus Reichsmitteln anzusetzen.

Die Reichsabgabeordnung vom Staatenausschuß angenommen.

Weimar, 8. Aug. Nach WTB hat der Staatenausschuß gestern der Reichsabgabeordnung seine Zustimmung erteilt. Damit geht, wenn die Nationalversammlung diesem Beschluß beitrifft, woran nicht zu zweifeln ist, die gesamte Steuerverwaltung an das Reich über. Mehrere Länder, darunter Baden, haben nicht zugestimmt.

Rücktritt des Unterstaatssekretärs v. Braun. Berlin, 8. Aug. In der Vorstandssitzung des Ernährungsministeriums gab Unterstaatssekretär Eder v. Braun seinen bevorstehenden Rücktritt bekannt.

Weimar, 8. Aug. Der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wohnte auch der Abg. Eichhorn (Unabh.), der ehemalige Berliner Polizeipräsident, bei.

Mitteldeutscher Eisenbahnerstreik?

Berlin, 8. Aug. Die „Frankf. Bzg.“ meldet: An

Erfurt hat sich anfangs Juli ein mitteldeutscher Streik den Eisenbahnbeamten aus den Bezirken Frankfurt, Kassel, Erfurt und Magdeburg gebildet zu dem Zweck, die vollständige Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung durch einen Streik zu erzwingen. Es ist im geheimen an der Streikorganisation gearbeitet worden, die bis zum 1. Sept. 1919 loszuschlagen bereit sein soll. Schon jetzt finden regelmäßige Zusammenkünfte einer Streikleitung statt, an deren Spitze der im Juni zum Präsidenten der Eisenbahndirektion Erfurt ausgereifte Rechnungsrat Eisele stehen soll. Es handelt sich also offenbar um eine Wiederholung der Demokratisierung nach Erfurter Muster.

Freiwillige Volksabstimmung.

Berlin, 8. Aug. Der sächsische Teil des ober-sächsischen Bezirks Kattibor soll nach dem Friedensvertrag ohne Volksabstimmung als Zeichen an Tschechien fallen. Die Einwohner haben nun nach dem „Vorwärts“ eine freiwillige Abstimmung vorgenommen mit folgendem Ergebnis: 95 Prozent der Wahlberechtigten erklärten sich für Deutschland, etwa 5 Prozent enthielten sich der Abstimmung und nur vereinzelte Stimmen wurden für den Anschluß an die Tschecho-Slowakei abgegeben.

Studienreise.

München, 8. Aug. Im Auftrag des „Bereins Förderung der Begabten“ in Stuttgart besichtigen in diesen Tagen 12 württembergische Volksschullehrer das Deutsche Museum. Die Teilnehmer der Studienreise erhalten aus der Gustav Klein-Stiftung in Stuttgart je ein Stipendium von 150 Mk. Sie haben einen Studienbericht über ein ganz spezielles, dem Verfasser ganz besonders wichtiges Gebiet zu fertigen.

Ausgebrochen.

München, 8. Aug. Aus dem Festungsgefängnis Oberhausen bei Passau sind 26 Gefangene, die vom Standgericht München zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt waren, ausgebrochen. Drei konnten auf dem Bahnhof in München wieder festgenommen werden, mehrere flüchteten nach Ungarn, da sie von dem dortigen Umsturz keine Kenntnis hatten.

Generalstreik in der Schweiz.

Basel, 8. Aug. (Schweiz, Dep.-Ag.) Der Flugkommandant von Basel hat verfügt, daß die Befegung des sog. Baseler „Vorwärts“ sofort aufgehoben wird, wenn in den Druckerien der bürgerlichen Zeitungen der Betrieb wieder aufgenommen wird. Die Angestellten des Baseler Zivilgerichts, die gestreikt hatten, wurden am Mittwoch Nachmittag zur Arbeit nicht wieder zugelassen. Es wird erst über die disziplinarischen Maßnahmen entschieden werden. Der überwiegende Teil der Baseler Arbeiterschaft ist entschlossen, den Kampf weiter zu führen. Die bürgerlichen Zeitungen fordern die Streikleitung auf, ihre Niederlage einzugehen und bedingungslos zu kapitulieren.

Eine Versammlung der Beauftragten des Arbeiterauschusses und des Aktionskomitees beschloß mit 188 gegen 28 Stimmen den Abbruch des Streiks.

Aus dem Unterhaus.

London, 8. Aug. Lloyd George erklärte im Unterhaus, nach den Ferien werde die Regierung eine Vorlage über Irland einbringen, bis dahin werde sie bei Ordnung mit allen Mitteln aufrechterhalten.

Der erste Lord der Admiralität Long hat erklärt, daß die Bergungsarbeiten in Scapa Flow auf diejenigen Schiffe beschränkt bleiben, die in feichtem Wasser auf den Strand gesetzt worden sind, ehe sie Zeit hatten, zu sinken.

Minister Chamberlain gab eine sehr ernste Erklärung über die finanzielle Lage ab. Er sagte, wenn die Ausgaben nicht vermindert und die Produktion nicht vermehrt werde, so gehe das Land geraden Wegs dem Bankrott entgegen. Das einzige Heilmittel für den ungünstigen Stand der Bilanz sei, die Einfuhr zu vermindern und die Ausfuhr nach denjenigen Ländern zu vermehren, die bar zahlen können.

Bridgenen teilte mit, die Kohlenförderung in der mit dem 29. Juli endigenden Woche habe nur 2 1/2 Millionen Tonnen ergeben. Das bedeute eine Verminderung um nahezu 50 Prozent.

Die dritte Partei in den Vereinigten Staaten.

Amsterdam, 7. Aug. „Daily News“ meldet aus New York, daß bei der politischen und wirtschaftlichen Krise, die die Vereinigten Staaten augenblicklich durchmachen, der Name Hearst in den Vordergrund trete. Hearst habe mit Wilson und den Demokraten gebrochen und es sei möglich, daß er die Bildung einer neuen Partei vorschlagen werde, die folgende Ziele verfolge: 1. Anerkennung der irischen Republik, 2. Ausnahme Deutschlands in den Völkerverbund, 3. Aufhebung der Profite für die Allgemeinheit, 4. Befehlliches Recht der Arbeiter auf Vertretung in der Leitung der Industrien.

(Es scheint, daß damit der Anfang zur Gründung einer sozialen Partei gemacht werden soll; bisher gab es in den Vereinigten Staaten nur die republikanische und die demokratische Partei, die sich tatsächlich nicht viel voneinander unterscheiden und die beide ausgesprochen kapitalistisch sind.)

Baden.

(-) Karlsruhe, 8. Aug. Zum Intendanten des badischen Landes-theaters ist an Stelle von August Basse-mann der frühere Direktor des Lübecker Stadttheaters Stanislaus Fuchs angetreten worden.

(-) Karlsruhe, 8. Aug. Auf dem Ganztage der katholischen Jugend- und Gesellenvereine Oberbadens erstattete Bischofsanwalter Rektor Dr. Rauch Bericht. Im Jahr 1918 bestanden in Baden 228 Vereine mit 14.147 Mitgliedern; in ganz Deutschland 4500 Vereine mit 450.000 Mitgliedern. Der Gesamtverband hat 2 Millionen Mark gesammelt für die Soldaten im Felde und 6.700 Soldatenheimen eingerichtet. In letzter Zeit



sind eine ganze Anzahl Jugendheime entstanden. In Karlsruhe hat eine Wohltäterin einen Liegenhaftswert von über 250 000 M. geschenkt für ein Gesellen- und Lehrlingsheim. Auch in Mannheim steht ein Hotel bereit, das als Heim für die katholischen jungen Männer dienen wird. Auf dem Schwarzwald soll für die Vereinsmitglieder ein Erholungs- und Ferienheim errichtet werden, wo jährlich 1500—2000 Jünglinge Erholung finden können.

(-) **Karlsruhe**, 7. Aug. Die Schreiner der hiesigen größeren Betriebe legten gestern vormittag plötzlich die Arbeit nieder. Sie verlangten Lohnerhöhung mit der Begründung, daß ihr derzeitiger Lohn zur Bezahlung der teuren Lebensmittelpreise nicht ausreicht. (Ein Schreiner verdient z. B. hier einen Tageslohn von 15 M.)

(-) **Karlsruhe**, 8. Aug. (Einheitsbierpreis.) Der Bierverein Karlsruhe und der Verband der deutschen Gast- und Schankwirten, Ortsgruppe Karlsruhe, haben einen Einheitspreis für Bier für Karlsruhe, nämlich Dreizehntel-Liter für 30 Pfg., einstimmig beschlossen.

(-) **Durlach**, 7. Aug. Hier kamen die badischen Tabakpflanzler zusammen und forderten Aufhebung der Zwangsabwirtschaftung des Tabaks. Begründet wurde dieses Verlangen mit dem Hinweis auf den mäßigen Erzeugerpreis, der in keinem Verhältnis zu den schwindelhaften Fabrikationspreisen steht. Während der Erzeuger einen Zentner Tabak für etwa 100 bis 120 M. abliefern, verteuert sich die Ware im Handel mitunter bis zu 1000 und mehr Prozent. Tatsächlich haben nur die Erzeuger auch erreicht, daß sie nicht mehr an die Händler gebunden sind, sondern unmittelbar an die Fabrik liefern können, wobei ihnen ein Preis von etwa 400 bis 450 M. für den Zentner zugesagt worden ist.

(-) **Mannheim**, 8. Aug. Wegen Schleichhandels mit Reichsbanknoten wurde die Ehefrau eines hiesigen Geschäftsführers verhaftet. Sie wollte mit deutschen Reichsbanknoten im Betrag von 13 200 M. nach Belgien reisen. Die Reichsbanknoten wurden beschlagnahmt.

(-) **Heidelberg**, 8. Aug. Im hiesigen Bahnhof kam einem durchreisenden Kaufmann eine Karte mit 63 000 M. Inhalt abhanden.

(-) **Baden-Baden**, 8. Aug. Reichswehrminister Noske ist gestern zur Erholung hier eingetroffen und im Waldpark-Sanatorium abgestiegen.

(-) **Baden-Baden**, 8. Aug. Wegen Beteiligung an einer umfangreichen Tabakschmuggerei — es soll sich um gestohlene Waren handeln — wurde ein hiesiger Wiederholt vorbestrafter Wirt verhaftet. — Das 10jährige Töchterchen einer hiesigen Familie wurde von einem Möbelwagen an einem Brunnen, an dem sich das Kind erschickte, zu Tode gedrückt.

(-) **Zell i. W.**, 8. Aug. Der Geschäftsgang in der Textilindustrie des Wiesentals dürfte in nächster Zeit wieder ein besserer werden, da von ausländischen Firmen größere Aufträge eingegangen sind, sodaß die Betriebe bald wieder in der Lage sein werden, die Arbeiterbeschäftigung zu beschleunigen.

(-) **Konstanz**, 7. Aug. 750 Internierte (250 Offiziere und 500 Mannschaften) trafen gestern nachmittag aus der Schweiz hier ein.

Württemberg.

(-) **Stuttgart**, 8. Aug. (Erholungsreise.) Die Zentrumsfraktion hat nach Schluß der gestrigen Landtagssitzung eine Fahrt ins Oberland angetreten, um einer Einladung des Abg. Kocher folgend, zunächst Teitnang einen Besuch abzustatten, dem sich morgen ein Besuch von Friedrichshafen und eine Fahrt nach der Insel Mainau anschließen wird.

(-) **Stuttgart**, 8. Aug. (Erfolgreiche Anleihe.) Die am 30. Juni aufgelegte Stuttgarter Stadtanleihe im Betrag von 10 Millionen, war schon nach vier Tagen stark überzeichnet. Dem Bankensortiment und dem Girokassenverband ist nun eine weitere Anleihe in gleicher Höhe zum Kurs von 96,50 zum kommissionarischen Verkehr übergeben worden. — Die Stadt Stuttgart erfreut sich demnach eines guten Credits.

(-) **Stuttgart**, 8. Aug. (Strom- und Gaspreise.) Am Samstag und Sonntag wird von morgen bis heute bis 7 Uhr das gesamte elektrische Leitungsnetz ausgeschaltet. Die Gaslieferung bleibt von Sonntag früh 6 Uhr bis Montag früh 6 Uhr gesperrt.

(-) **Zuffenhausen**, 8. Aug. (Ueberfall.) Am 4. August kurz vor Mitternacht wurde der hier wohnhafte Delekonom und Auktionsversteigerer Buchner auf dem Weg zwischen Gasfabrik Zuffenhausen und der Fabrik Reibedanz u. Cie., nach seinem Ausfahren von drei Männern überfallen und so schwer verletzt, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Die Täter hatten sich auf den Geldbetrag, den Buchner bei sich führte, abgesehen. Man spricht von etwa 5000 M.

(-) **Löwenstein**, 8. Aug. (Amtswechsel.) Unser Stadtvorstand Högner ist zum Stadtsieger in Sa-

ngen gewählt worden. Die heutigen Angelegenheiten im Gemeinderat, in der Bürgerversammlung und in der Presse veranlaßten ihn zum Weggang.

(-) **Sonthofen**, O. A. Heilsbrunn, 8. Aug. (Tragischer Tod.) Unter den Insassen des von polnischen Grenztruppen abgeschlossenen Deutschen Fluchtungsgehegs befand sich auch ein hiesiger Bürger, der 22jährige Mechaniker Josef Bindeleif, Sohn des Gastwirts hier. Er hatte im Krieg mehrere glückliche Fahrten nach England mitgemacht und war dann in den Dienst der deutschen Luftkreederei A. G. getreten.

(-) **Eislingen**, 8. Aug. (Raubüberfall.) Der Buchhalter Hans Vetter, der auf der Eisenbahnhauptlinie in Stuttgart 13 000 Mark zur Auszahlung der Arbeiter am Bahnbau Eislingen-Boll erhoben hatte, wurde gestern abend 9 Uhr auf dem Wege von Eislingen nach Boll von drei ihm auflauernden Burischen überfallen und mit einem Prügel niedergeschlagen. Am den Ueberfallenen am Hinterkopf zu hindern, steckten ihm die Straßenräuber einen Knebel in den Mund. Vor einem des Wegs kommenden Fuhrwerk ergriffen die Unholde die Flucht, raubten aber die Kassetten mit dem Geld. Einer der Täter soll an dem Bahnbau gearbeitet haben.

(-) **Schwenningen**, 8. Aug. (Erwischt.) Die Automobilräuber konnten in Cannstatt samt dem Automobil eingekerkert werden. Sie scheinen einer weitverbreiteten Bande anzugehören.

(-) **Stadenhausen**, O. A. Balingen, 8. Aug. (Zubiläum.) Am Dienstag konnte Schultheiß Herrle das 40jährige Dienstjubiläum feiern.

(-) **Niedlingen**, 8. Aug. (Die Kriegskasse in der Schwedenhöhle.) In letzter Zeit fand man in der Sandsteinhöhle im Döbelhau in einer Nische, an einem verrosteten eisernen Ring befestigt, eine kleine eiserne Kassetten mit Kupferbeschlag, die ein in ein altes Bibelblatt gewickeltes Schriftstück enthielt. In diesem Schriftstück stand unter dem Datum von 1799 von einem Bauern von Schuppenberg niedergeschrieben, daß in dem Pfandloch ein Schuh unter dem Türgericht, zwei Fäßchen mit Goldstücken vergraben seien, die er einigen Marodeuren in der damaligen Kriegszeit mit Gewalt abgenommen habe. Eine von dem Finder der Kassetten vorgenommene Nachgrabung ergab jedoch kein Resultat. Es ist möglich, daß dieser Schatz früher gehoben oder aber an einer anderen Stelle vergraben worden ist. Leider ist durch die Grabung der Zugang zur Höhle etwas erschwert worden. Ein Aufsatz, in dem nimmehr eingegangenen Zeitschrift „Schwabenland“, Jahrgang 1903, herausgegeben von J. Schmid in Wiberach berichtet übrigens auch von einer vergrabenen Kriegskasse in den Schwedenhöhlen, woraus erhellt, daß die Sage über vergrabenes Geld in der Umgebung noch nicht ausgestorben ist.

Aus der Baumwollindustrie.

Stuttgart, 8. Aug. Gestern fand hier die Vollversammlung des Vereins süddeutscher Baumwoll-Industrieller statt. Die Versammlung sprach sich einstimmig für Verringerung der Devisenordnung der Reichsbank und der besondern Einfuhrbewilligung für Rohbaumwolle aus, da sonst keine Baumwolle nach Deutschland beschafft werden könne. Für die Errichtung von Einkaufsgesellschaften sei keinerlei Bedürfnis vorhanden; während der Uebergangszeit müsse auch die Kontingentierung der Erzeugung der einzelnen Spinnereien und Webereien unterbleiben.

lokales.

(-) **Erhöhung der Ketzgebühren.** Die Mindestgebühren für Ketzze, Zahnärzte, Mundärzte und Hebammen vom 10. Juli 1917 wurden vom Ministerium des Innern mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab um die Hälfte erhöht. Das ärztliche Gebührenwesen soll späterhin einer Neuordnung unterzogen werden.

Zur Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher.

Durch die Presse gingen verschiedentlich Nachrichten über die angeblich bevorstehende rückwirkende Aufhebung der Lebenslänglichkeit der vor der Gemeindeordnung gewählten Ortsvorsteher. Es fanden seinerzeit Vorberedungen statt, in welchen mit überwiegender Mehrheit der jetzige Zeitpunkt als hierfür nicht geeignet erklärt worden war. Die seit Inkrafttreten der Gemeindeordnung auf die nun gesetzliche Periode von 10 Jahren gewählten Ortsvorsteher sollen sich nach einer während des Krieges mit Zustimmung aller Parteien getroffenen gesetzlichen Regelung erst nach Ablauf des dreijährigen folgenden Jahres einer Neuwahl zu unterziehen haben, auch dann, wenn ihre Wahlperiode früher abgelaufen wäre.

Während aus Anlaß des Gemeindefgesetzes, bei Erneuerung des Gemeinderats im Frühjahr dieses Jah-

res von einer Änderung der Regelung bezüglich der Ortsvorsteher von keiner Seite, auch nicht von der Sozialdemokratie, gesprochen worden, machte nun die Sozialdemokratie die Frage der Neuwahl der Ortsvorsteher in den letzten Tagen zum Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage an den Minister des Innern. Sie forderte hierbei sofortige Neuwahl aller lebenslänglichen Ortsvorsteher und sofortige Vornahme der bisher aufgeschobenen Wiederwahl der periodisch gewählten Ortsvorsteher.

Bei Besprechung dieser Anfrage im Landtag wurde die Stellung der Deutschen demokratischen Partei durch den Abg. Scheef (Tübingen) dargelegt.

Rechtslos soll in Kürze eine neue Gemeindeordnung geschaffen werden. Hierbei ist die Stellung des Ortsvorstehers neu zu regeln. Zweifellos wird dabei in der Art des Amtes manche Änderung getroffen werden. Diese ganze Revision wäre durch eine Neuwahl der Ortsvorsteher im jetzigen Augenblick sehr erwünscht.

Der Minister des Innern, Dr. Lindemann, versprach sich von der Neuwahl der lebenslänglichen Ortsvorsteher eine Stärkung ihrer Autorität. Außerdem wollte er in solchen Fällen, in denen der lebenslängliche Ortsvorsteher keine Stütze der Lebenslänglichkeit würde, die Gemeinden verpflichten, dem Nichtwiedergewählten 10 Jahre lang den Gehalt weiter zu bezahlen. Demgegenüber wies der Abg. Scheef darauf hin, daß eine Neuwahl keine Stärkung der Autorität mit sich bringen würde, insbesondere im Hinblick auf die Zwangsfrage, in welche im Hinblick auf die eventl. Entschädigung manche Gemeinde käme.

Diese Gründe treffen in weitem Umfang auch für die Frage des Zeitpunkts der Wiederwahl der auf 10 Jahre gewählten Ortsvorsteher zu. Auch hier ist zu fordern, daß vor der Wahl die Verhältnisse wieder abgewartet sein sollen. Dies ist noch nicht der Fall. Bis zur Wiederkehr geordneter Verhältnisse sollen die Wahlen aufgeschoben bleiben. Das während des Krieges mit Zustimmung aller Parteien geschaffene Gesetz, das eine solche Regelung trifft, sei deshalb aufrecht zu erhalten.

In solchen Fällen, in welchen begründete Beschwerden gegen die Amtsführung von Ortsvorstehern vorliegen, sei rücksichtslos Eingreifen durch die vorgesetzten Behörden in Disziplinareweg zu fordern.

Im allgemeinen ist übrigens zu sagen, daß sich die Ortsvorsteher so gut wie vollzählig auf den Boden der neuen Verhältnisse gestellt haben. Ihre lokale Mitarbeit sei zur Wiederkehr geordneter Verhältnisse unbedingt nötig.

Wäge diese Haltung im Landtag und möge die Billigkeit und verständnisvolle Arbeit der Ortsvorsteher auf den Rathhäusern dazu beitragen, aus den jetzigen Schwierigkeiten herauszukommen und möglichst bald zum inneren Frieden unseres Volkes zu gelangen!

Wenn durch die bevorstehende Neuordnung der Gemeindeordnung die Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher durchgeführt werden sollte, wäre es speziell für uns in Wildbad insofern unerwünscht, als schon bei der letzten Wahl die Wogen des Wahlkampfes sehr hoch gingen, und bei einer Neuwahl der Kampf noch viel schärfere Formen annehmen würde.

Aus dem Bezirk.

Wildbad, 9. August. In den Pforzheimer Neuesten Nachrichten lesen wir: „Eine äußerst zahlreiche Gemeinde hatte die heimische Sängerin Lucie Rud-Zanger gestern im Lutheraal um sich versammelt, um ihr im Verein mit dem Cellisten H. Geisler einen Lautenabend zu bieten. Beide wurden bei ihrem Erscheinen auf der Bühne auslebhaft begrüßt. Unter eigener Lautenbegleitung sang Frau Rud-Zanger mit ihrer prächtigen, schmiegsamen Altstimme eine Anzahl netter Liedchen, die äußerst beifallsfreudig aufgenommen wurden. Zum Schluß brachte Frau Rud-Zanger, von Herrn H. Geisler auf dem Cello begleitet, vier Volkslieder zu Gehör — eine prächtige Leistung. Dem noch jungen Pforzheimer Cellisten gebührt für die feine und sauber ausgeführte Begleitung alle Anerkennung. Frau Rud-Zanger erhielt eine Fülle von Blumen und einen Lorbeerkranz.“

Aus dem Parteileben.

Wildbad. Nach obenden Einfluß können Sie Ihren politischen Anschauungen nur verleihen, wenn Sie sich einer politischen Organisation anschließen. Die hiesige deutsch-demokratische Partei hat durch Vorträge bekannter Parlamentarier zu allen politischen Fragen Stellung genommen und zur Ausklärung breiter Volksschichten beigetragen. Zahlreiche Neuanmeldungen beweisen dem rührigen Ausschuss, daß er auf dem richtigen Wege ist.

Mitglieder und Freunde der Demokratie treffen sich den Sommer über jeden Sonntag Abend im Panoramahotel. Auswärtige, auch Frauen, willkommen. Kein Restorationszwang.

Stadt Wildbad.

Notstandsarbeiten.

Vergabung von Maurer- und Zimmerarbeiten. Die Arbeiten für den Holzschuppenanbau beim städt. Gebd. 151 e (fr. Armenhaus) gelangen nach dem Einzelpreisverfahren zur Vergebung.

Die Unterlagen: Pläne, Arbeitsbeschriftung und Bedingungen werden von der unterzeichneten Stelle unentgeltlich bei Rückgabe der Pläne abgegeben. Die Angebote sind in verschlossener Umschlag mit der Aufschrift: „Holzschuppenanbau“ bis spätestens Mittwoch, den 13. 8. 19, vormitt. 11 Uhr hieher einzureichen. Die Eröffnung findet zu dieser Stunde im Sitzungssaal des Rathhauses vor dem anwesenden Bewerbern statt. Die Zuschlagserteilung unter den Bewerbern bleibt dem C. Rat vorbehalten.

Stadtbauamt Wildbad.
Munf.

Sago- und Haferflocken.

Die vor 8 Tagen ausgeschriebenen Suppen können jetzt bei den Kaufleuten abgeholt werden.

Städt. Lebensmittelamt: Kappelmann. **Arbeiterrat: Schlüter.**

Militärverein Wildbad.

Nach einer Mitteilung des Bundespräsidenten werden an Bundesmitglieder, vorzugsweise Kriegsteilnehmer neuer **wollens Orden** zum Durchschnittspreis von etwa 12 M. abgegeben. Die Kameraden werden ersucht, ihren Bedarf alsbald mitzuteilen. Später eingehende Anmeldungen können keine Berücksichtigung finden. Die Zeit der Abgabe der Orden wird später bekannt gegeben.

Der Vorstand.

Groß—Mosa!

Wollen Sie Ihren aus Obst hergestellten Mosa haltbarer machen, dann verwenden Sie zur Durchsäuuerung Mosa Kunstmostrausatz mit Weizenbierzusatz mit und ohne Säftstoff.

Tausende Anerkennungen.

Rufs Kunstmostrausatz mit Weizenbierzusatz ohne Säftstoff die Flasche zu 50 Liter M. 7,50. Die Flasche zu 100 Liter M. 14.—.

” ” mit Säftstoff zu 50 Liter M. 9.— zu 100 Liter M. 17.— per Flasche

Robert Ruf, Heidelberg-Verband Eppingen. **Genaue Anweisung liegt den Flaschen bei.**

Bekanntmachung.

Wegen Beschädigung des Motors der Straßenwalze muß der **Feldweg Nr. 33** zwischen Bahnübergang oberhalb Bahnhof Salmbach und Kohlplatte bis Ende der nächsten Woche für Fuhrwerke weiter gesperrt bleiben.
Eisenbahnbauktion Pforzheim.

Fertige Herren-Anzüge dreifach steil M. 194,50
Fertige Herren-Anzüge dreifach steil „ 120,—
Fertige Herren-Halbtuch-Hosen „ 42,—
Fertige Herren-Arbeits-hosen — aus — 52,50
Fertige Halbtuch Herren-Westen „ 19,50
in sehr guten Qualitäten u. schöner Verarbeitung.

Philipp Bosch, Wildbad Telefon Nr. 32

1834er,

aus fürstlichem Schlosskeller, offen im Ausschank.
Weinstube Bechtle

Neue Eingänge in **Damen- und Herren-Schirmen** aus prima Baumwolle pro Stück Mk. 36,50 solange Vorrat reicht
Hr. Schmid u. Sohn
König-Karlstr. 68.
Wildbad.

Gottfried Kellers gesammelte Werke



Zum 70. Geburtstag des Dichters Gottfried Keller (19. Juli) hat die Frau v. J. Paucke vom 19. Juli 1919 geschrieben.

Jubiläumsausgabe

Zehn Bände geb. 60 Mk. 50.

Zu haben bei der Wildbader Verlagsdruckerei vorm. J. Paucke, Buchhandlung, Hauptstr. 99.



Für die Zeit der Erholung ist ein

gutes BUCH die angenehmste Zerstreuung.
Reiche Auswahl in der **BUCHANDAUNG** der **WILBADER VERLAGS-DRUCKEREI** vorm. J. Paucke Hauptstr. 99

Stärke-Wäsche

beforgt in normaler Lieferzeit
Großwäscherei Schorpp.
Annahmestelle:
Witwe Holz
Wildbad, Wilhelmstr. 91.

Bohnen 1 Mark
Karotten 35 Pf.
Weißkraut 35 Pf.
Weißkraut geschnitten 60 Pf.
Wirsing 40 Pf.
empfiehlt **Stirner.**

Gluck-Gluck

Das bestbewährte Eierlegemittel, wird dem Hühnerfutter zugemischt.
„Percöl“ mit Lebertranzusatz, Krampfmittel f. Schweine Vorbeugungsmittel geg. Rotlauf, erhöht die Freiluft ungemein.
Zu haben in der **Medizinal-Drogerie Grundner's Nachf.**

Frauen verwenden bei Schmerzen und Ödemungen nur Möllers **Tropfen** Glaske 10 Tropfen höchstes Verträglich.
Mik. Rauch Sanitätsgeschäft **Medico** Nürnberg Karolinenstr. 47

WILDBAD-KURSAAL

Sonntag, den 10. August 1919
vormittags 11 Uhr
Lieder zur Laute
— von —

Lucie Ruck-Janzer, Pforzheim
unter Mitwirkung von Heinrich Geisler, Cellobegleitung.

Preise der Plätze: Mk. 4.—, 3.—, 2.—, 1,50 und Mk. 1.—
Vorverkauf an der Kasse des König Karl-Bads.

Stockholz

kaufen in jeder Holzart Waggunweise und erbitten Angebote franko Waggon Abgangstation Metall- u. Drahtwerke G.m.b.H. Zuffenhausen-Stuttgart.

„Alte Linde“

Dienstag, 12. August, abends 8 Uhr
— Einmaliges Gastspiel —
TALMA

Tragikomödie von Friedmann u. Polgar.
Talma: Paul Larkens
Charakterdarsteller — Berlin.
Klassisch lyrische Tänze
— Leonore und Carmen — **Sacchetto**
Nichten und Meisterschülerinnen von — Rita Sacchetto —
Recitationen: Georg Wirth
Eintrittspreise I. Pl. 4.40, II. Pl. 3.50, inkl. Billetsteuer III. Platz 2.20 Mark.

Vorverkauf: Wildbader Verlags-Druckerei (vorm. J. Paucke.)
— Saalöffnung 8 Uhr. —



Kinderwagen Sportwagen
Kindermöbel Leiterwagen
sowie einzelne Räder in nur bester Ausführung.
Ederwaren, Koffer u. Reiseartikel, empfiehlt
Wilh. Broß, Pforzheim
Ede Renner- u. Baumstr. 17

!! Eine neue !! Schwarzwaldgeschichte.

Soeben erschien:
Der Vogt von Hornberg
von WALTER BURK.
Eine Schwarzwaldgeschichte aus dem 16. Jahrhundert.
Geheftet Mk. 3.— gebunden Mk. 5.—
(mit 10 v. hundert Tuerungszuschlag.)
Zu haben in der **Buchhandlung der Wildbader Verlagsdruckerei.**

Theater in Wildbad in der Turnhalle
Sonntag, den 10. August, nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr
unter gefälliger Mitwirkung **80 hiesiger Schüler und Schülerinnen:**
„Die Königskinder“
Romantisch-komisches Original-Feeenmärchen.
Schauspiel in 6 Bildern von J. Fohl-Frauent.
Spielleiter: Direktor Fr. Walter.
Ein Teil des Reinertrages ist für die städt. Kriegsbeschädigtenbestimmung.
Preise der Plätze im Vorverkauf in der Buchhandlg. der Verlagsdruckerei: Sperrsitze Mk. 2.50, I. Platz Mk. 1.60, Galerie Mk. 1.— An der Kasse: Sperrsitze Mk. 2.60, I. Platz Mk. 1.80, Galerie Mk. 1.—
Kinder auf allen Plätzen die Hälfte. 267

Grabdenkmäler Gedenktafeln für Gefallene etc. Zeichnungen, Veranschläge.
Besuch jederzeit, kostenlos und unverbindlich.
Atelier für **Th. Preckel, Architekt, Pforzheim**
Westl. Karl-Friedrichsstraße 41.

Ältere Schüler, die rascher ihr Ziel erreichen wollen, sollten jetzt sofort bei uns angemeldet werden. Wir beseitigen durch unsern **individuellen Unterricht** die vorhandenen Lücken und erzielen dadurch unsere bekannten **hervorragenden Erfolge in allen Prüfungen.** — Abteilungen: Oberschule, Gymnasium sowie Realschule. — Auswärtige Schüler erhalten zu billigem Preise guten Mittagstisch in der Anstalt. — Beaufsichtigung der Schulaufgaben. — Man verlange Prospekt!
Höhere Reform-Lehranstalt, Wildbad, Telefon Nr. 6.

Stahl & Federer Aktiengesellschaft
Filiale Wildbad.
Zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs eröffnen wir **zinstragende Scheck- u. laufende Rechnungen** zu günstigen Bedingungen.

Möller'sche Beamtenschule Oberndorf a. N., Württb.
Verwaltungs-, Verkehrs- u. Handelschule, auch für Mädchen.

la. Dachpappe, Eisenlack, Parkettbodenwische, Schuhcreme
empfiehlt **Fr. Krauss,** Hauptstr. 148 :: Wildbad.

Brockmanns Futterkalk
„Marke B“
in Original-Packungen.
Medizinal-Drogerie Grundner's Nachfolger.

Nadel mit Perl-Gleblatt und Rubin u. Sicherheitskettgen verloren.
Gegen hohe Belohnung abzugeben b. Portier Hotel Klump.

Ein goldenes Armband wurde verloren.
Abzugeben gegen Belohnung im Hotel Post.

Für sofort oder 1 Sept.
Röchin gesucht für einf. Haushalt.
J. Leppenaun, Höfen a. Eng.

Ein **Blindnen** sofort zur Aubhilfe und zum Servieren gesucht
Hammer z. Hirsch.

Flechtenleiden
jeder Art heilt gründlich u. dauernd **Flechtenhautkein** deutsches Reichs-Patent
Wildberger & Co., 67 Stuttgart 83.

Ev. Gottesdienst
8. Sonntag nach Dreieinigkeitsfest 10. August.
Vorn. 10 Uhr Predigt. Stadtpfarrer Köster.
Nachm. 1 Uhr Christenlehre m. den Söhnen.
Abends 8 Uhr Bibelstunde. Stadtpfarr Körich.

Kath. Gottesdienst.
Sonntag, den 10. August.
7 Uhr Frühmesse.
9 1/2 Uhr Predigt und Amt.
Nachm. 2 Uhr Andacht.
Freitag, den 15. August.
(Maria Himmelfahrt) 7 Uhr Frühmesse. 9 1/2 Uhr Predigt u. Amt. 2 Uhr Andacht.
Montag keine hl. Messe an den übrigen Tagen 7 Uhr hl. Messe.
Beichte: Samstag u. Donnerstag den 14. August von nachm. 4 Uhr an.
Kommunion: Sonntag 6 1/2 Uhr Freitag bei der Frühmesse an den Werktagen bei der hl. M.

Einen gut erhaltenen Doppel geflochtenen **Schliesskorb** hat zu verkaufen **Emilie Bedt, Kochstr. 151.**
Bettmössen Befreiung garantiert sofort. Alter und Geschlecht angeben. Austausch umsonst. **Versandhaus Wohlfahrt, München 35,3, Isabellastraße 12.**
Landes-Kurtheater Wildbad.
Heute abend **Johannisfeuer.**
Schausp. in 4 Akt. v. Suderm.
Sonntag, den 10. Aug. **Polenblut.**
Optie, in 3 Akten v. Nedbal.